



Parlamentarische Gruppe *Auslandschweizer*

Newsletter April 02/13

Ist FATCA die Lösung?



Der Auslandschweizererrat hat am 16. März 2013 zum FATCA-Abkommen zwischen der Schweiz und den USA Stellung genommen. In seiner Vernehmlassungsantwort zum Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) und zum dazugehörigen Anwendungsgesetz hält der Rat fest, es sei eine Selbstver

ständlichkeit, dass sich die im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer an die Gesetze ihres Wohnlandes halten, also auch an die Steuergesetze. Indem FATCA in Sachen Steuerpflicht mehr Transparenz schaffe, sollten Schweizer Banken in Zukunft keinen Grund mehr haben, unseren Landsleuten im Ausland ein Konto zu verweigern. Allerdings solle FATCA nicht als Vorwand für überhöhte Bankspesen dienen, warnt der ASR.

[Link zur Stellungnahme des ASR](#)

Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich



Gleich drei Fragen hatte der Bundesrat in der nationalrätlichen Fragestunde vom 11. März zum Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich zu beantworten. Die Genfer Ratsmitglieder Céline Amaudruz (SVP), Mauro Poggia (MCG) und Yves Nydegger (SVP) wollten wissen, wie die Zustimmung zu einem

Text zu rechtfertigen sei, der die Stellung der 180'000 Frankreichschweizer erheblich verschlechtere, indem künftig auch Erbgänge in der Schweiz in Frankreich besteuert würden. Um Doppelbesteuerungen zu vermeiden, habe man angesichts der Erklärung Frankreichs, das Erbschaftssteuerabkommen von 1953 kündigen zu wollen, ein neues Abkommen aushandeln müssen, erklärte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf vor dem Rat. Dass Erben an ihrem Wohnort besteuert würden, sei üblich und gelte reziprok. Man versuche, den im Juli 2012 paraphierten Text noch punktuell nachzubessern.

Der Auslandschweizererrat (ASR) hat an seiner Frühjahrssitzung am 16. März in Bern seine Opposition gegen die im Juli 2012 paraphierte Revision des Erbschaftssteuerabkommens zwischen der Schweiz und Frankreich bekräftigt. Die Auslandschweizer-Organisation appelliert an die zuständigen Parlamentskommissionen, auf den unausgewogenen Vertrag nicht einzutreten.

Newsletter der Gruppe

[Abonnieren oder abbestellen](#)

Links

[aso.ch](#)

[swisscommunity.org](#)

[parlament.ch](#)

Sitzung Parlamentarische Gruppe

Parlamentarische Gruppe thematisiert Neuausrichtung von swissinfo

Die Parlamentarische Gruppe Auslandschweizer, der 115 Mitglieder der eidgenössischen Räte angehören, hat während der Frühjahrssession eine Lunchveranstaltung durchgeführt zum Thema „swissinfo mit neuem Leistungsauftrag – Wie Auslandschweizer in Zukunft informiert werden“. SRG-Generaldirektor Roger de Weck und swissinfo-Chef Peter Schibli stellten den anwesenden Mitgliedern von National- und Ständerat die für das Ausland bestimmten Informationsangebote der SRG vor.

Im Einklang mit dem neuen Leistungsauftrag des Bundes hat swissinfo.ch sein mehrsprachiges Angebot neu ausgerichtet. Dieses wird sich in Zukunft noch stärker von inländischen Informationsquellen unterscheiden. Seit Anfang 2013 berichtet swissinfo.ch auch in Russisch und erreicht damit über 80% der weltweiten Internetnutzer. In Vorbereitung ist ferner ein Portal für italienischsprachige TV-Beiträge, welche die Angebote auf 3sat und TV5 abrunden.



Im Grenzgebiet sollen Auslandschweizer im benachbarten Kanton stimmen können

Der Genfer Nationalrat Antonio Hodgers (Grüne) regt in einer am [22. März eingereichten Interpellation](#) an, dass das Bundesgesetz über die politischen Rechte der Auslandschweizer dahingehend geändert wird, dass im Grenzgebiet lebende Auslandsbürger eine nahegelegene Gemeinde als ihre Stimmgemeinde wählen können. Gemäss geltendem Gesetz können Schweizerinnen und Schweizer im Ausland zwischen ihrer Heimatgemeinde und einer ehemaligen Wohngemeinde wählen. Für die gerade rund um Genf zahlreichen Schweizerbürger, die im benachbarten Ausland Wohnsitz haben, kann dies bedeuten, dass sie von der Mitbestimmung im Kanton, in dem sie arbeiten und Steuern bezahlen, ausgeschlossen sind.

APK-NR: Generalkonsulat in Chicago in Betrieb bleibt muss



Am [14. Januar 2013](#) liess die [Aussenpolitische Kommission des Nationalrates](#) verlauten, dass sie mit 11 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen entschieden hatte, der Petition [12.2066](#) Martin Lagler; Swiss Club of Chicago gegen die Schliessung des Generalkonsulats in Chicago Folge zu leisten und eine Kommissionsmotion einzureichen, die den Bundesrat beauftragt, die notwendigen Massnahmen zu treffen, das Generalkonsulat Chicago in der bestehenden Form aufrecht zu halten. Der Nationalrat wird die Motion in der Frühjahrssession Mitte April behandeln.